

Beschluss des Kooperationsausschusses

Lfd. Nr. 02/2015

Gegenstand	Vereinbarung des Landes Hamburg und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) über die Schwerpunkte der Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik in der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf Landesebene nach § 18 Abs. 1 Satz 3 SGB II Ziel: Aktivierung von Langzeitleistungsbezieherinnen und -beziehern
-------------------	--

Beschlusstext	<p>Der Hamburger Arbeitsmarkt steht nach wie vor solide da. Die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse liegt dauerhaft über den bundesweiten Zahlen.</p> <p>An einem Teil der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II geht der Beschäftigungsaufschwung ganz vorbei: Von durchschnittlich 130.919 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (JDW Juni 2014) in Hamburg waren 88.779 Langzeitleistungsbezieher. Die Mehrzahl von ihnen weist komplexe Profillagen auf.</p> <p>Die Partner des gemeinsamen Arbeitsmarktprogramms stimmen darin überein, dass grundsätzlich auch Langzeitleistungsbeziehern im Rechtskreis des SGB II der Zugang zu den anspruchsvollen Maßnahmen der Förderung der beruflichen Weiterbildung gemäß § 16 Absatz 1 SGB II i.V.m. §§ 81ff SGB III offenstehen soll, wenn - etwa durch eine vorgeschaltete Maßnahme gemäß § 16 Absatz 1 SGB II i.V.m. 45 SGB III - festgestellt wird, dass die Weiterbildung notwendig und geeignet ist, um sie nachhaltig beruflich einzugliedern:</p> <ul style="list-style-type: none">• Zur Unterstützung der Zielgruppe werden Beratungsträger zur Begleitung/Beratung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Qualifizierungsmaßnahmen einbezogen, um den Maßnahmeerfolg zu sichern. Der mit dem Konzept des Sozialen Arbeitsmarktes im gemeinsamen Arbeitsmarktprogramm eingeschlagene Weg wird fortgesetzt.• Gestützt auf die Instrumente der Arbeitsgelegenheiten (AGH) und der Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV), flankiert durch das Programm der Sozialbetreuer der HAB, dem ESF-Projekt „ZAQ“ -Zuschuss für Anleitung und Qualifizierung - sowie einer ab Dezember 2014 begin-
----------------------	---

nenden Gesundheitsberatung wurden Beschäftigungsmöglichkeiten für schwer vermittelbare Arbeitslose mit dem Ziel geschaffen, diese über einen längeren Zeitraum wieder so weit zu stabilisieren und an die Anforderungen der Arbeitswelt heranzuführen, dass sie eine realistische Chance auf Eingliederung haben.

Die Verknüpfung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen mit kommunalen Eingliederungsleistungen gemäß § 16a SGB II - insbesondere der psychosozialen Betreuung - wird verbessert.

Zunächst soll vorrangig die Prozessqualität der verbesserten Zusammenarbeit im Bereich der psychosozialen Betreuung – sowohl im Hinblick auf die Hinführung/Zuweisung als auch auf die Rückführung/Anschluss weiterer Maßnahmen bzw. Verbleib nach Maßnahmeende- beobachtet werden.

Die Einzelheiten werden vor Ort in der lokalen Zielvereinbarung und einer Kooperationsvereinbarung niedergelegt.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die BASFI vereinbaren als Schwerpunkt der Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik in der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf Landesebene nach § 18b Absatz 1 Satz 3 SGB II für das Jahr 2015, dass die Aktivierungsquote von Langzeitleistungsbezieherinnen und -beziehern weiter in ihrem Verlauf beobachtet und analysiert werden. Das Instrument der Förderung der beruflichen Weiterbildung ist dabei - soweit die persönlichen und rechtlichen Voraussetzungen vorliegen - vermehrt zugunsten von Langzeitleistungsbezieherinnen und -beziehern einzusetzen.

Die Regionaldirektion Nord wird durch das BMAS über diesen Beschluss des Kooperationsausschusses informiert und gebeten, diese Vereinbarung bei der Umsetzung der Grundsicherung auf Landesebene in der gemeinsamen Einrichtung zu berücksichtigen und das Jobcenter darüber zu informieren.

Der Kooperationsausschuss wird sich gemäß § 18b Abs. 1 SGB II über die Entwicklung in der gemeinsamen Einrichtung mindestens zu folgenden Terminen unterrichten lassen:

- 14 Tage vor der Sitzung des Kooperationsausschusses zur Entwick-

	lung in der gemeinsamen Einrichtung und insbesondere zu ausgewählten, erfolgreichen Maßnahmen und Steuerungsaktivitäten
--	---

Berlin, 31.10.2014

Dr. Langer

Ort, Datum

Dr. Langer

Vertreterin des BMAS

Berlin, 31.10.2014

P. Lotzkat

Ort, Datum

Lotzkat

Vertreterin der BASFI